



**Mitteilung für die Medien**

**Berlin, 11.04.2019**

## **Frieden will gelernt sein – Gewalt kommt von allein Beschluss der Berliner SPD zum Werbeverbot an Schulen für die Bundeswehr findet die Unterstützung der Kommission Friedensdienste**

„Frieden will gelernt sein – Gewalt kommt von allein! Genau deshalb sendet der Beschluss der Berliner SPD ein wichtiges Signal in die Öffentlichkeit. Die Forderung nach einem Werbeverbot für die Bundeswehr an Berliner Schulen bietet einen guten Anlass, das zunehmende Denken in militärischen Kategorien zu hinterfragen. pax christi plädiert dafür, gewaltlose Mittel der Friedenssicherung wie den Zivilen Friedensdienst mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken“, kommentiert Peter Heim, der Sprecher der pax christi-Kommission Friedensbildung und ergänzt: „Wenn der ‚Verband der Soldaten der Bundeswehr‘ das ‚recht kontroverse Bild der Bundeswehr‘ beklagt, ist dies auch das Ergebnis eines zwiespältigen Auftretens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit.“

„Einerseits will die Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung als kompetenter Gesprächspartner über Fragen der Sicherheit ernst genommen werden – auch in den Schulen mit ihren vielen gut geschulten Jugendoffizieren. Andererseits wird ihre eigentliche Nachwuchswerbung, insbesondere in den sozialen Medien, immer reißerischer und unseriöser. Die Risiken von Militäreinsätzen werden ausgeblendet und auf Ausbildungsmärkten und in Bundeswehr-Infobussen gegenüber den meist Minderjährigen oft erst auf Nachfrage offengelegt. Soldat\*in ist eben kein Beruf wie jeder andere. Dennoch werden am Tag der Bundeswehr deutschlandweit Waffen präsentiert, mit denen in den letzten Jahren sogar Kinder hantieren durften“, kritisiert Heim, der selbst von Beruf Lehrer ist.

Die pax christi-Kommission Friedensbildung fordert eine stärkere, auch finanzielle Förderung der politischen Bildung als Friedensbildung in den deutschen Schulen und die Verankerung der Friedensbildung in den Curricula der Länder. Im Sinne des Beutelsbacher Konsens zur politischen Bildung und um der Friedensaussagen der Verfassungen der Bundesländer willen, sollten viel häufiger Friedensfachkräfte in Schulen eingeladen werden, um gewaltlose Wege zur Friedenssicherung aufzuzeigen.

### **Hintergrund:**

Der Berliner SPD-Landesparteitag vom 30.03.2019 fasst folgenden Beschluss: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sowie die SPD-Senator\*innen des Landes Berlin werden aufgefordert, den Wortlaut des §5 Absatz 2, Teil 1 Schulgesetz für das Land Berlin um folgendes zu erweitern:

In Paragraph 5, Absatz 2, Teil 1 soll künftig folgender Satz stehen: „Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“

### **Interviewanfragen an Peter Heim, Sprecher der Kommission Friedensbildung**

[friedensbildung@paxchristi.de](mailto:friedensbildung@paxchristi.de) oder 0151-28227400

### **pax christi – Deutsche Sektion e.V.**

Tel. 030.200 76 78-0

Fax 030.200 76 78-19

[sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)

[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)